

Legende, wenn man behaupte, die Politik Rumäniens sei lediglich im Schlepptau Deutschlands. Insofern als Deutschland keine Politik ausländischer Einmischung treibe, sondern sich wesentlich in seiner ausländischen Politik von den Ideen leiten lasse, die es für seine inneren Verhältnisse verfolge, sei die Regierung allerdings ein Anhänger deutscher Politik, weil auch sie die Verbesserung der inneren Lage des Landes ausschließlich im Auge habe.

7. Mai. (Attentat.) Gegen 10 Uhr abends feuert ein als Stadtfergeant verwendeter gewesenes Individuum, welches seinerzeit verurteilt, aber begnadigt worden war, zwei Gewehrschüsse auf ein Fenster des königlichen Palais ab, dessen Glasscheiben zertrümmert wurden. Das Individuum, sofort in Haft genommen, stieß Drohungen gegen den König aus. Von offizieller Seite wird versichert, daß der Attentäter irrsinnig ist.

2. Hälfte Dezember. (Verurteilung.) Der ehemalige Kriegsminister Angelescu wird wegen Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten, 3000 Francs Geldbuße und 30,000 Francs Entschädigung an den Kriegsminister verurteilt.

22. Dezember. (Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.) In Beantwortung einer Interpellation erklärt Minister Carp,

die Unterhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wegen Abschlußes eines Handelsvertrags würden auf der Basis der vom Kabinete Bratiowa gemachten Vorschläge fortgesetzt. Die Hauptschwierigkeit liege in der Frage der Viehexporte. Sobald diese Frage geregelt sei, gebe es kein weiteres Hindernis für den Abschluß. Die Regierung werde diese rein kommerzielle Frage dem politischen Parteigetriebe jedenfalls fernhalten.

Ende Dezember. (Finanzmaßregel.) Die Deputiertenkammer beschließt, die Vorlage betreffend die Eröffnung eines Kredits von 26 Millionen Francs zum Zwecke der Zurückziehung der Hypothekenbilletts der Nationalbank in Erwägung zu nehmen.

---

## XVII.

### Serbien.

Anfang Januar. (Radikales Kabinettsprogramm.) Der Klub der Radikalen verhandelt über das Programm, welches für den Fall, ein radikales Kabinet gebildet werden sollte, in Kraft treten soll. Danach ist

- 1) die Kirchenfrage als gelöst zu betrachten, und wird der gegen-